

# Saab wertet Schweizer Testflüge aus

Vorgehen des Gripen-Herstellers und des Bundes stösst auf Kritik

VON TITUS PLATTNER

**BERN** Der Bund hat den schwedischen Konzern Saab beauftragt, die Daten der ersten Schweizer Testflüge mit einem neuen Gripen-Kampffjet selber auszuwerten: Schweizer Piloten konnten am 3. und 4. Mai im schwedischen Linköping erstmals ein Demonstrationsmodell des zukünftigen Kampffjets Gripen E mit neu eingebautem Triebwerk testen. Doch die Daten mit den Testresultaten durften sie nicht mit in die Schweiz nehmen. «Eine detaillierte Auswertung der Rohdaten, inklusive der Reduktion auf Standard-Bedingungen (Temperatur, Druck, Höhe, Geschwindigkeit, Gewicht, Aussenlasten) hat Saab im Auftrag der Armassuisse durchgeführt», erklärt das Verteidigungsdepartement (VBS) gegenüber der SonntagsZeitung. Auf Nachfragen letzte Woche, wie genau die Schweizer diesen Prozess überwachen, hat sich das VBS nicht geäussert.

Saab ist der Hersteller des neuen Gripen. Damit erhält der Rüstungskonzern, der sein Flugzeug für 3,1 Milliarden Franken an die Schweiz verkaufen möchte, von der Schweizer die Erlaubnis, gleich selber auszuwerten, ob die Leistungen seines eigenen Produktes genügen. «Die Daten wurden mit der Flugzeug-Instrumentalisierung von Saab erfasst, nur Saab hat die Fachleute mit dem Know-how und die Tools zur Auswertung der Daten», erklärt das VBS.

«Ich höre das zum ersten Mal. Wenn das so stimmt, widerspricht das allen Regeln der Corporate Governance», sagt SVP-Nationalrat Thomas Hurter (SH), Präsident der Parlamentarischen Subkommission, welche die Beschaffung der neuen Kampffjets überwacht. «Der Hersteller kann doch nicht selber die Fortschritte seines eigenen Flugzeugs kontrollieren», so Hurter. Auch sein Partei- und Ratskollege Yvan Perrin (NE)

hat grosse Zweifel an der Zuverlässigkeit dieser Selbstkontrolle von Saab. «Der Hersteller ist bei diesem Vorgehen versucht, eventuelle Schwächen zu kaschieren.»

Pierre-Alain Fridez (JU), der für die SP in der Subkommission sitzt, zeigt sich erstaunt, dass diese Daten nicht der Schweizer Armee übergeben wurden, die dafür extra Ingenieure hat. «Es ist schon seltsam, dass das Team, das 2008 die ersten Auswertungen des Gripen C/D machte, diese Arbeit

## Neue Offerten

**Nach der Kritik der Subkommission an der Gripen-Beschaffung wittern die unterlegenen Anbieter Morgenluft. Beide legen Angebote nach und hoffen jetzt auf den Bundesrat.**

Dassault, der Hersteller des Rafale-Jets, verschickte letzten Montag eine neue Offerte, diesmal an den Gesamtbundesrat. «Wir sind in der Lage, Ihnen ein solides Angebot für 22 Flugzeuge zu unterbreiten mit einem Budget nahe bei 3,126 Milliarden Franken», so der Brief, der der SonntagsZeitung vorliegt. Der Rüstungskonzern bietet auch eine Variante mit 18 Flugzeugen für 2,9 Milliarden Franken an. Die Franzosen machen noch ein zusätzliches Angebot mit 12 Flugzeugen für 2,2 Milliarden Franken, die «eine vergleichbare operationale Effizienz wie 22 Gripen» haben soll. In seinem dreiseitigen Brief wünscht sich der Konzern, dass das Verfahren wieder eröffnet wird und er eine neue, detaillierte Offerte einreichen darf. Im Juni verlangte auch der dritte Anbieter EADS, Hersteller des Eurofighters, eine neue Offertenrunde. EADS bietet inzwischen 16 Flugzeuge für 2,2 Milliarden oder 33 Occasions-Jets für 3,2 Milliarden. T. Plattner



**Gripen-Kampffjet:**  
Das technische Risiko wird als «mittel» eingestuft

FOTO: EX-PRESS

nicht fortsetzt.» In der Tat sagte der Leiter des Projektes zur Flugzeugbeschaffung, Jürg Weber, am 21. Mai vor der Subkommission, man warte nur noch auf eine Freigabe der Daten, «bevor wir sie erhalten». Von einer Auswertung durch Saab war keine Rede, und die Rohdaten sind heute noch nicht in der Schweiz. Insbesondere die zentrale Frage, ob sich der Gripen E tatsächlich länger in der Luft halten kann als das alte Modell, bleibt somit unklar.

Gemäss mehreren Quellen aus dem VBS sollte ursprünglich das Luftwaffenteam Operationelle Erprobung und Evaluation (OEE) in Payerne die Auswertung machen. Inzwischen sind jedoch Berichte von der Kritik dieser Behörde am Gripen an die Öffentlichkeit gedrungen. Vor der Subkommission sagte ihr Chefingenieur Gérald Levrat: «Der Gripen ist wie ein Messer, das nicht schneidet.» Vor dem Entscheid des Bundesrats werden die kritischen Ingenieure die Rohdaten nicht mehr prüfen können.

## Betriebskosten belaufen sich auf 102 Millionen pro Jahr

Geklärt sind inzwischen die Betriebskosten der 22 neuen Gripen-Kampffjets, die die Schweiz beschaffen will. Sie belaufen sich auf 102 Millionen Franken pro Jahr. Dies steht im Entwurf der Botschaft über die Beschaffung des Gripen, welcher der SonntagsZeitung vorliegt. Der Bericht beurteilt das finanzielle Risiko der Beschaffung als «schwach», das Risiko von technischen Problemen oder einer Verspätung jedoch als «mittel». Laut dem Bericht bedeutet mittleres Risiko: «Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Entwicklungsprozess einzelne Leistungsparameter oder Funktionalitäten nicht zu 100 Prozent realisiert werden können.» Eine mittleres Risiko ist für eine Anschaffung in Milliardenhöhe ungewöhnlich.

Als Problem könnte sich hier erweisen, dass die Schweden für ihre 40 bis 60 neuen Gripen E Teile ihrer alten Gripenflotte verwenden werden. «Für jeden neuen Gripen E brauchen wir einen alten Gripen C», sagt Johan Elmqvist, Sprecher des schwedischen Verteidigungsministers. «Wir machen das aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen, aber die Schweiz wird komplett neue Flugzeuge erhalten», versichert er. Dennoch wird es künftig nicht identische Flugzeuge in Schweden und der Schweiz geben, was technische Probleme nach sich ziehen könnte.

recherchedesk@sonntagszeitung.ch

## Peter Malama gestorben

Der Basler FDP-Nationalrat erlag in der Nacht auf gestern einem Krebsleiden

**BASEL** FDP-Nationalrat Peter Malama ist tot. Der an Krebs erkrankte Basler ist in der Nacht auf Samstag im Alter von 51 Jahren gestorben.

Malama wurde im Dezember 2007 in den Nationalrat gewählt. Er war während seiner gesamten Amtszeit Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK). Vorübergehend arbeitete er auch in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur mit. Von 2005 bis 2008 war er ausserdem Grossrat in Basel-Stadt.



Peter Malama

Malama war Direktor des Baselstädter Gewerbeverbandes. In dieser Funktion habe er sich seit Jahren für die KMU und deren Angestellte engagiert, würdigte die FDP Schweiz den Verstorbenen in einem Communiqué.

Der Parteipräsident Philipp Müller zeigte sich gegenüber der SonntagsZeitung tief betroffen: «Es ist traurig. Ich staunte immer wieder, wie er trotz Krankheit fröhlich blieb.» Malama hinterlässt eine Frau und drei Kinder. (FE)

## Bankgeheimnis: Das will die Reform

Steuerdelikte sollen je nach Schwere unterschiedlich geahndet werden

**BERN** Der Entscheid des Bundesrates vom Freitag zur Aufhebung des steuerlichen Bankgeheimnisses im Inland führte schon zu heftiger Gegenwehr der bürgerlichen Parteien. Bei genauerer Betrachtung ist der Systemwechsel aber weniger dramatisch als SVP, FDP und CVP befürchten.

Laut Emanuel Lauber, Chef der Abteilung Strafsachen und Untersuchungen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung, soll mit der Reform zum Beispiel der Straftatbestand des Steuerbetrugs in einen «schweren Fall» der Hinterziehung überführt werden. Weiter sieht die Reform Straftatbestände für leichte und mittlere Steuerdelikte

vor. Da Steuerbehörden bei Unregelmässigkeiten in Steuererklärungen vielfach den Grad der Delikte noch nicht abschätzen können, sollen sie bei jeglichen Verdachtsmomenten ermitteln können.

### Ermittlung muss umfassend stattfinden können

Lauber sagt: «Das Bankgeheimnis gegenüber kantonalen Steuerbehörden würde neu bei begründetem Verdacht auf eine Steuerwiderhandlung aufgehoben.» Im Gegensatz zum Wunsch vieler bürgerlicher Politiker will der Bundesrat keine Differenzierung nach leichter oder schwerer Steuerhinterziehung machen. «Es macht

keinen Sinn und ist geradezu unlogisch, dass man die Untersuchungsmittel eingrenzt, bevor man überhaupt weiss, ob es sich um eine leichte oder eine schwere Tat handelt», begründet Lauber. Die Untersuchungsmöglichkeiten müssten möglichst umfassend sein. Mit der neuen Regelung würden nicht wahllos Bankkonten von Steuerpflichtigen ausgespielt. «Es bräuchte auch bei den Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung einen begründeten Verdacht», sagt Lauber.

Anders als bei der Untersuchung von Steuerdelikten braucht es bei deren Ahndung jedoch sehr wohl eine Unterscheidung zwischen

leichten, mittleren und schweren Vergehen. Und in Bagatellfällen würden Steuerzahler auch künftig nicht in die Mühlen der Justiz geraten. «Heute behandeln verschiedene Kantone sogenannte Bagatellfälle in einem vereinfachten Verfahren ohne eigentliches Strafverfahren», sagt Lauber. Strafrechtlich sei das möglich, benötige aber sehr eng gefasste Rahmenbedingungen. Die Reform will auch die Regelung für solche Bagatellfälle einbeziehen. «Es wäre wohl angezeigt, diese Rahmenbedingungen gesamtschweizerisch zu regeln», sagt Lauber. JOËL WIDMER

DEUTSCHE BANK VERZICHTET AUF SCHWEIZER BANKGEHEIMNIS, SEITE 51